



Gabriele Schmidt
Mitglied des Deutschen Bundestages

Gabriele Schmidt MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Dialog 2015
Herr Reiko Beil
Österreicher Str. 16
01279 Dresden

Berlin, 14.07.2015

Gabriele Schmidt, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-74899
Fax: +49 30 227-76899
gabriele.schmidt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Waldshut-Tiengen:
Hauptstr. 18
79761 Waldshut-Tiengen
Telefon: +49 7741 835 2605
Fax: +49 7741 835 2631
gabriele.schmidt.ma04@bundestag.de

www.gabriele-schmidt.eu

Bürgeranfrage Außerparlamentarische Meinungsbildung

Sehr geehrter Herr Beil,

Sie haben mir am 27.5. geschrieben und mich zwei Mal an die Beantwortung des Briefes erinnert, da ich nicht reagiert habe.

Ihre Schlussfolgerung, dass ich kein Interesse an einem themenbezogenen Dialog habe, ist allerdings völlig falsch. Ich beantworte Fragen, Bürgerbegehren, Hinweise oder jedwede Zuschrift aus meinem Wahlkreis jeweils sofort und themenbezogen.

Ganz grundsätzlich bin ich der Überzeugung, dass das parlamentarische System in Deutschland sich sehr gut bewährt hat und bewährt. Und ich bin auch überzeugt, dass wir gut daran tun, an diesem System der repräsentativen Demokratie festzuhalten.

Wie sähe die Alternative aus?

Es gibt ein Volksbegehren zu einem Thema, es wird abgestimmt, danach sind naturgemäß viele Leute unzufrieden, es gibt ein neues Begehren, es wird wieder abgestimmt.....

Wie hoch, meinen Sie, wird die Wahlbeteiligung auf die Dauer sein? Ab wieviel Prozent kann man noch von einer „Volks“-Abstimmung reden?

Die Regierenden müssen manchmal unangenehme Entscheidungen treffen, die aber für die Zukunft Deutschlands wichtig und richtig sind – auch gegen den Zeitgeist und gegen kurzfristige Wünsche des Volkes (einfaches Beispiel: Steuererhöhungen). Ich stimme der Meinung zu, dass komplexe Sachverhalte nicht mit JA oder NEIN abgestimmt werden können.

Wenn also Entscheidungen weitestgehend oder ausschließlich über außerparlamentarische Meinungsbildung getroffen würden,



ist ein Stillstand oder Rückschritt bei vielen Entwicklungen nicht auszuschließen.

Ich bin im Gegenteil der Meinung, dass eine Stärkung des parlamentarischen Systems notwendig ist. Eine Stärkung der Parteien mit ihren staatstragenden Aufgaben könnte einer Politikverdrossenheit nach meiner Meinung besser entgegenwirken als deren Abschaffung.

Wichtig wäre eine generelle „Werbung“ für eine höhere Wahlbeteiligung, die bei manchen Wahlen erschreckend niedrig ist. Die Bürger/Wähler sollten ermutigt werden, zur Wahl zu gehen und den dann Gewählten ihre Anliegen auch direkt vorzutragen.

Wir sind ein Volk mit 80 Millionen Bürgerinnen und Bürgern, das kann nicht mit Volksabstimmungen regiert werden.

Mit freundlichen Grüßen

A solid black rectangular box used to redact the signature of Gabriele Schmidt.

Gabriele Schmidt MdB